



Irritationen bei DGB – Ein-Euro-Jobs für Flüchtlinge

In der heutigen Pressemitteilung des DGB Kreisvorsitzenden Bonn-Rhein-Sieg kommentiert dessen Vorsitzender die Beschäftigung Siegburger Flüchtlinge im Rahmen eines Ein-Euro-Jobs mit der Bemerkung, dass „Ein-Euro-Jobs keine Lösung sind um Langzeitarbeitslosigkeit zu bekämpfen und erst recht keine Lösung um Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt zu integrieren“. Es geht der Stadt Siegburg nicht um Bekämpfung von Langzeitarbeitslosigkeit und arbeitsmarktpolitische Ziele. Sinn und Anlass der Aktion in Siegburg ist vielmehr folgendes:

Arbeitswillige Flüchtlinge verbringen die Tage in ihrer Unterkunft ohne Beschäftigung, obwohl sie etwas Sinnvolles tun wollen. Für Siegburgs Bürgermeister Franz Huhn ist die freiwillige Beschäftigung der in Siegburg lebenden Flüchtlinge ein wichtiger Teil der Willkommenskultur mit der positiven Folge, dass diese Menschen, die arbeiten wollen, durch die sinnvolle Beschäftigung das Gefühl bekommen, gebraucht zu werden. Zusätzlich durch den Wegfall der Isolation ihre psychische Stabilität verbessern, gleichzeitig in Kontakt mit der Bevölkerung im Rahmen eines Integrationsprozesses kommen und darüber hinaus einige Euro für sich persönlich gewinnen. Vor allen Dingen können sie im alltäglich handelnden Vollzug die deutsche Sprache lernen. Jede Minute der integrativen Tätigkeit fördert die sprachlichen Voraussetzungen für den ersten Arbeitsmarkt.

Auch die Gesellschaft selbst erhält durch die Tätigkeiten einen Mehrwert, denn die Flüchtlinge erledigen Aufgaben, die die Stadt Siegburg nicht oder nicht in diesem Umfang übernehmen kann und muss.

Alle Jobs sind daher zusätzlich, das heißt die Tätigkeiten würden sonst nicht ausgeführt, sie liegen im öffentlichen Interesse und dienen daher der Allgemeinheit und sie sind wettbewerbsneutral. Der Stundenumfang beträgt maximal 20 Stunden / Woche, die Mehraufwandsentschädigung beträgt 1,05 € / Stunde. Eingesetzt werden die Menschen als zusätzliche Hilfen im Grünflächenbereich wie auch als Helfer der Hausmeister in Schulen. Nach Vorliegen der gesundheitsmäßigen Voraussetzungen ist auch daran gedacht, geeignete Personen als Hilfskräfte in Kitas, Mensen einzusetzen.

Selbstverständlich ist auch die Stadt Siegburg darum bemüht, Flüchtlinge im Rahmen der rechtlichen Voraussetzungen schnellstmöglich in Ausbildung und Arbeit zu bringen, füllt jedoch mit den freiwilligen Beschäftigungen die Zeit bis zur Feststellung des jeweiligen Aufenthaltsstatus sinnvoll aus. Hier setzt das Integrationskonzept der Stadt – wie die Erfahrungen zeigen – sinnvoll an.

Hierzu muss man wissen, dass alle freiwilligen Helfer derzeit keine Aufenthaltserlaubnis aufgrund ihres noch nicht festgestellten ausländerrechtlichen Status besitzen. Manche hatten sich schon mit Erfolg um Arbeitsverträge bemüht, konnten jedoch diese wegen fehlender Statusvoraussetzungen nicht erfüllen.

Siegburgs Bürgermeister ist der Auffassung, dass „Integrationschancen dann vertan werden, wenn die arbeitswilligen Menschen während der Dauer ihrer Asylverfahren nicht in die Tagesabläufe einbezogen werden. Hierzu zählt auch eine sinnvolle Beschäftigung.“

Siegburg wird daher weiterhin den Flüchtlingen die Chance geben, freiwillig im gesetzlichen Rahmen für die Allgemeinheit tätig zu werden.

Für Rückfragen der Medien:
Kreisstadt Siegburg
Pressestelle
Tel.: 02241 102-301 / -303
E-Mail: presse@siegburg.de
Internet: www.siegburg.de